

Anlage 2

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Amtsperiode 2014 – 2020

Fazit der Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die Zeit 09/2014 – 05/2017

In der Sitzung am 19.09.2017 legt die Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, als Bestandteil der Punktdienststelle Diversity, Fachstelle Behindertenpolitik, den Arbeitsbericht für den Zeitraum 2014 - 2017 vor. Der Arbeitsbericht enthält keine Wertungen und dokumentiert in einer strukturierten Form, die sich an den Sitzungsprotokollen der öffentlichen Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik orientiert, die bearbeiteten Themenfelder. Zur Ergänzung des Arbeitsberichtes der Verwaltung legen die Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Köln hiermit einen ergänzenden und bewertenden Bericht vor.

Wie intensiv, aufwändig und vielfältig die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik war, ist und bleibt, erschließt sich durch die Länge dieses Arbeitsberichts, die Zahl der unterschiedlichen Themen, die absolute Zahl der behandelten Tagesordnungspunkte sowie die Anzahl der Sitzungen.

Der Arbeitsbericht resultiert aus 16 öffentlichen Sitzungen, mindestens 32 Sitzungen zur Vor- und Nachbereitung, diversen Sondersitzungen außerhalb der öffentlichen Sitzungsfolge und erfordert eine zusätzliche eigenständige Vorbereitung jeder Sitzung durch eine intensive Informationsaufnahme auf Basis ungezählter, teils sehr umfangreicher Dokumente mit großer Themenvielfalt für jedes Mitglied der Stadtarbeitsgemeinschaft.

Diese Arbeit erbringen Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler mit Unterstützung der Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sowie der Punktdienststelle Diversity Fachstelle Behindertenpolitik. Vor dem Hintergrund weiterer persönlicher Verpflichtungen im Beruf und anderer Aufgaben der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sowie der Auswirkungen persönlicher Einschränkungen wie z. B. Behinderung oder belasteter Gesundheit ist die Belastung aus einem engagierten Einsatz für die Interessen der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Köln als hoch einzustufen. Die Menge, die Komplexität und die über die Jahre gewachsene Bedeutung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik setzen Belastungsgrenzen, die zum Teil überschritten sind oder werden.

Die Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bewerten die

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik weiterhin als Erfolg und stufen den Zeitraum 2014 - 2017 als Fortsetzung der Erfolgsstory ein.

Sicherlich ist nicht alles zur vollen Zufriedenheit der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik behandelt, beschlossen und in die weitere Beratungsfolge der behandelten Themen eingeflossen. Trotzdem nahm die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an Bedeutung, Strahlkraft und Einflussnahme auf Entscheidungen für die Stadtgesellschaft und den städtischen Raum zu, wurde besser wahrgenommen und konnte sich erfolgreich für die Verbesserung der Teilhabe der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Köln einsetzen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik kann mit Stolz eine deutlich verbesserte Tendenz zu einem „disability mainstreaming“, also der automatischen Einbeziehung und Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen in der Meinungsbildung und in Entscheidungsprozessen in Politik und Verwaltung, feststellen. Immer häufiger werden die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bzw. die von ihr vertretenen Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen in Beratungsfolgen einbezogen und ihre Beschlussempfehlungen berücksichtigt. Letztlich dokumentiert sich das u.a. in der erfolgten Einrichtung von Stellen für spezialisierte Fachleute in Fachämtern der Verwaltung, deren Aufgabe es ist, verantwortlich die Vorgaben der Barrierefreiheit in Bau-, Verkehrs- bzw. Landschaftsbauprojekten umzusetzen.

Hervorzuheben sind im Bereich „Bauen“ zwei Projekte, an denen sich exemplarisch die Bedeutung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bzw. anderer Behindertenorganisationen und Arbeitsbündnissen (z.B. „Arbeitskreis Barrierefreies Köln“) festmachen lässt. Das über viele Jahre diskutierte Bauvorhaben „Rotes Haus“ konnte zu einem zufriedenstellenden Ergebnis durch die Beratungen begleitet werden; eine sichere barrierefreie Erschließung des Rathausplatzes und des Gebäudes selbst wird demnach trotz starker anderweitiger Interessen gewährleistet.

Das Eisstadion / Schwimmbad „Lentpark“ konnte zwar letztlich kaum hinsichtlich Barrierefreiheit verbessert werden; jedoch führten die intensiven Diskussionen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die sehr stark öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Behindertenorganisationen und die kritischen Feststellungen zur Barrierefreiheit dieses städtischen Projekts offensichtlich zu einem nachhaltigen positiven Lerneffekt in Verwaltung und Politik.

Es ergab sich dadurch eine deutlich verbesserte Offenheit für Absprachen, die die Beteiligung der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen sicherstellen und verbessern sollen. Planungshandbücher, technische Regelwerke wurden / werden aktualisiert und zum Teil mit deutlich verbesserter Ausrichtung am Thema „Barrierefreiheit“ überarbeitet. Hier sind allerdings das schwache Tempo und das Fehlen einer durchgängigen Umsetzung der Barrierefreiheit durch alle Phasen von

Projekten beginnend mit dem Wettbewerb, der Ausschreibung, Entwurfsplanung bis zur endgültigen Ausführung zu bemängeln. Trotz aller Bemühungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik konnte bisher nicht erreicht werden, dass die Anforderungen an die Barrierefreiheit immer vom ersten bis zum letzten Schritt eines Projekts automatisch störungsfrei umgesetzt werden.

Der Bereich „Bauen“ sei hier exemplarisch benannt, um aufzuzeigen, mit welcher Intensität und Belastung die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bzw. die Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen sich um ihre Aufgabenbereiche kümmern müssen. Trotz der guten Arbeit der in den Fachämtern dafür Verantwortlichen reichen die vorhandenen Strukturen aus Sicht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nicht aus, um in allen Bereichen regelmäßig gute Ergebnisse bis zur Fertigstellung eines Vorhabens sicherzustellen, ohne dass Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler spürbar eingreifen. So gibt es zwar im Bereich der Stadtentwicklung und -planung gute Ansätze für die Partizipation der Menschen mit Behinderungen bzw. die Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse. Hier sind sehr positiv die eingebrachten Ideen und deren planerische Berücksichtigung bei den entstehenden Quartieren „Parkstadt Süd“ bzw. in Deutz zu nennen. Allerdings zeigen Beispiele, bei denen keine oder sehr spät eine Beteiligung stattgefunden hat, wie stark verbesserungsbedürftig die Einbeziehung der Interessen der Menschen mit Behinderungen in die Stadtentwicklung und -planung ist. (Austausch Fahrgastunterstände, Erneuerung der Beschilderung).

Sehr viel Kraft - bisher ohne abschließenden Erfolg - wurde in das Thema „Mitnahmeverbot für E-Scooter bei der KVB“ gesteckt. Die Gespräche mit der KVB waren sehr belastet, weil aus Sicht der Behindertenvertreter keine ausreichende pragmatische kurzfristige Lösungsorientierung zu verspüren war und ist.

Im Übrigen wird auf die Einschätzungen der Behindertenorganisationen, Selbsthilfegruppen und Wohlfahrtsverbände in den ergänzenden Forderungen zur Fortschreibung des Handlungskonzeptes Behindertenpolitik in 2016 verwiesen.

Leider muss festgestellt werden, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sich nicht bei allen Themen der Behindertenpolitik mit gleicher Intensität und Erfolg in die Beratungen einbringen oder eigene Themen verfolgen konnte. Die Bereiche „Gesundheit, Arbeit, Wohnen, Bildung“ wurden zwar in Schwerpunkten in den öffentlichen Sitzungen behandelt, jedoch musste man sich in der Folge so stark einschränken oder konnte Aspekte nicht weiter verfolgen, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hier nicht zufrieden sein kann. Das muss aber ausdrücklich als Folge von Kapazitätsgrenzen hinsichtlich personeller, zeitlicher und finanzieller Ressourcen eingestuft werden.

Zunehmend sieht sich die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik der bitteren Erkenntnis gegenüber, dass die Vielzahl und Komplexität der Themen, das verbesserungsbedürftige „disability mainstreaming“, die Auswirkungen der

schwachen Haushaltslage und die ausgeschöpften Kräfte der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen eine Selbstbescheidung bei der Verfolgung gesteckter Ziele erzwingen und ohne Verbesserung bei den Ressourcen unumgänglich machen.

Insbesondere die Auswirkungen der angespannten Haushaltslage - auch als Folge unplanmäßiger Entwicklung von Großprojekten - beeinträchtigen die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bzw. die von ihr begleiteten Themen in den Bereichen „Bauen, Wohnen, Soziales, Kultur, Bildung und Teilhabe“. Immer wieder stieß man auf ablehnende Haltung oder Entscheidungen wegen der entsprechenden Haushaltsauswirkungen. In vielerlei Hinsicht muss hier von negativen Auswirkungen für die Menschen mit Behinderungen unter der Vorgabe einer „Verwaltung des Mangels“ gesprochen werden. Menschen mit Behinderungen trifft die restriktive Haushaltspolitik in aller Regel besonders schwer. Sehr häufig sind sie als Folge ihrer Behinderung finanziell schwächer gestellt, haben aber zum Ausgleich dieser Last besonders eine Unterstützung nötig, damit man von einer akzeptablen Teilhabe sprechen kann.

Gleichzeitig haben die wachsende Bedeutung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die zunehmenden Themenbereiche der Geschäftsführung zu einer Überlastung der vorhandenen personellen Kapazitäten in der Fachstelle Behindertenpolitik geführt. Ohne eine kurzfristige Aufstockung der personellen Ressourcen in der Fachstelle Behindertenpolitik müssen wichtige Aspekte der bisher geleisteten Unterstützung reduziert oder ganz gestrichen werden.

Vor dem Hintergrund der Überzeugungen und Ziele von Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik, die sich im Handlungskonzept Behindertenpolitik und dessen Fortschreibung 2016 dokumentieren, des Selbstverständnisses der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und der noch zu bewältigenden Schritte zur Verbesserung der Lage und Teilhabe der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Köln fordern die Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

- mehr Unterstützung der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik durch dringend notwendige sehr kurzfristige und nachhaltige personelle Aufstockung in der Fachstelle Behindertenpolitik,
- auch zukünftig direkte Anbindung und Führung durch die Dezernatsleitung,
- weitere Einrichtung von Stellen von qualifizierten Beauftragten für Barrierefreiheit, die obligatorisch in alle Prozesse einzubinden sind und deren fachliche Feststellungen durchgängig zu berücksichtigen sind (u.a. Stadtentwicklung und -planung),

- Etablierung eines konsequenten und nachhaltigen „disability mainstreaming“ in allen Bereichen, Entscheidungen und Prozessen der Verwaltung,
- klares Bekenntnis zum Handlungskonzept Behindertenpolitik und konsequente nachhaltige Umsetzung des Konzepts,
- Sicherstellung von ausreichender Qualifizierung und Kapazitäten in der Verwaltung, die für ein erfolgreiches „disability mainstreaming“ erforderlich sind.
- finanzielle Unterstützung der Vertreter der Menschen mit Behinderungen durch Übernahme der Kosten von notwendiger Assistenzleistung, Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld vergleichbar der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik und der Seniorenvertretung

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ist eine Erfolgsgeschichte. Sie hat vieles in Bewegung gesetzt und erfolgreich die Interessen der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Köln in den Jahren seit Gründung 2004 vertreten. Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wollen diese Arbeit unbedingt weiterverfolgen. Wenn diese Erfolge, diese Beiträge zur Entwicklung einer modernen Stadtgesellschaft von Verwaltung und Politik, wie öffentlich propagiert, eine aussichtsreiche Zukunft haben sollen, braucht es obligatorisch ein klares Bekenntnis und eine spürbare vermehrte Unterstützung seitens der Stadt!

August 2017

Paul Intveen

i.V. für Die Vertreter und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik